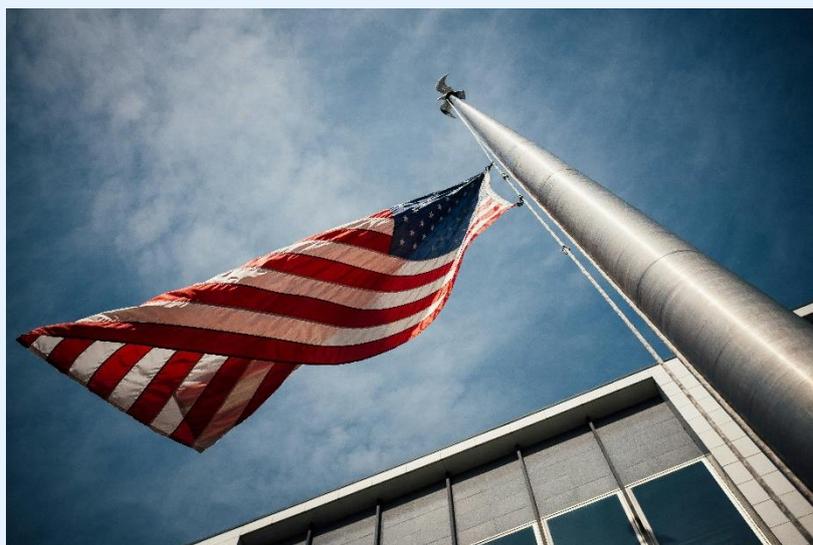


FIW-Jahresgutachten Update Oktober 2024



Autor:innen:

Elisabeth Christen (WIFO)
Robert Stehrer (wiw)

Wissenschaftliche Assistenz:

Irene Fröhlich (WIFO)
Oliver Reiter (wiw)

Herausgeber ist das Kompetenzzentrum "Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft" (FIW).

Das FIW bietet eine Forschungsplattform, Informationen zu außenwirtschaftsrelevanten Themen sowie den Zugang zu volkswirtschaftlichen Datenbanken. Das Kompetenzzentrum FIW ist ein Kooperationsprojekt der Wirtschaftsuniversität Wien mit der Universität Wien, der Johannes-Kepler-Universität Linz, der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung und des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche.

Es wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) sowie des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) finanziert.

Das Update 2024 des Jahresgutachtens wurde aus Mitteln des BMAW gefördert. Alle Rechte vorbehalten. Jeder Teil des Inhalts dieses Gutachtens kann unter Bezugnahme auf die Quelle zitiert werden.

Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

FIW-Jahresgutachten Update Oktober 2024

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Prognose des Warenaußenhandels 2024 und 2025	1
1.1 Österreichische und internationale Rahmenbedingungen	1
1.2 Rezente Außenhandelsentwicklung und Prognose für 2024 und 2025.....	3
2. Mögliche Auswirkungen der US-Präsidentschaftswahl auf den Welthandel	6
2.1 Einleitung	6
2.2 Ausgewählte makroökonomische Indikatoren der USA.....	6
2.3 Die wichtigsten wirtschaftspolitischen Positionen.....	6
2.4 Potenzielle Auswirkungen der angekündigten Zollerhöhungen.....	9
2.5 Schlussfolgerungen.....	10
3. Literatur	11
Abbildung 1.1: Unternehmenseinschätzung zur eigenen Wettbewerbsposition in den letzten 3 Monaten.....	2
Abbildung 1.2: Aktuelle Entwicklung der österreichischen Warenexporte und Warenimporte	3
Abbildung 1.3: Unternehmenseinschätzungen aus dem WIFO-Konjunkturtest – Lage und Ausblick	4
Abbildung 1.4: Außenhandelsprognose.....	5
Übersicht 1.1: Internationale Rahmenbedingungen	1
Übersicht 2.1: Durchschnittliche Zolltarife, 2022.....	9

1. Prognose des Warenaußenhandels 2024 und 2025

Elisabeth Christen

1.1 Österreichische und internationale Rahmenbedingungen

Schwache Auslandsnachfrage dämpft die österreichische Exportdynamik

Die Schwäche der internationalen Konjunktur belastet vor allem die internationale Nachfrage nach Industriegütern, worunter insbesondere auf diese Branche spezialisierte Länder wie Österreich (und Deutschland) leiden. Die Weltwirtschaft entwickelt sich allerdings sehr heterogen (Übersicht 1.1).

Übersicht 1.1: Internationale Rahmenbedingungen

Veränderung gegen das Vorjahr in %

	2020	2021	2022	2023	2024 Prognose	2025 Prognose
BIP real						
Euro-Raum	-6,1	6,2	3,3	0,4	0,8	1,4
Deutschland	-4,1	3,7	1,4	-0,3	0,0	0,9
MOEL 5	-3,2	6,2	4,5	0,2	2,4	3,2
Schweiz	-2,1	5,6	3,0	0,7	1,4	1,3
USA	-2,2	6,1	2,5	2,9	2,5	1,8
China	2,2	8,4	3,0	5,2	4,6	4,2
Rohölpreis (Brent, \$ je Barrel)	-32,5	63,7	39,8	-16,9	-3,3	-10,1
Erdgaspreis (Dutch TTF, € je MWh)	-30,0	382,6	164,9	-66,5	-18,8	18,2
Wechselkurs (\$ je €)	1,9	3,7	-11,0	2,6	2,6	0,0
Real-effektiver Wechselkursindex	1,7	0,2	-1,8	3,4	1,2	0,5
Marktwachstum real Österreich	-6,1	11,0	5,7	-3,2	0,7	3,8

Anmerkung: MOEL 5 – Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen, Slowenien.

Quelle: WIFO-Prognose Oktober 2024.

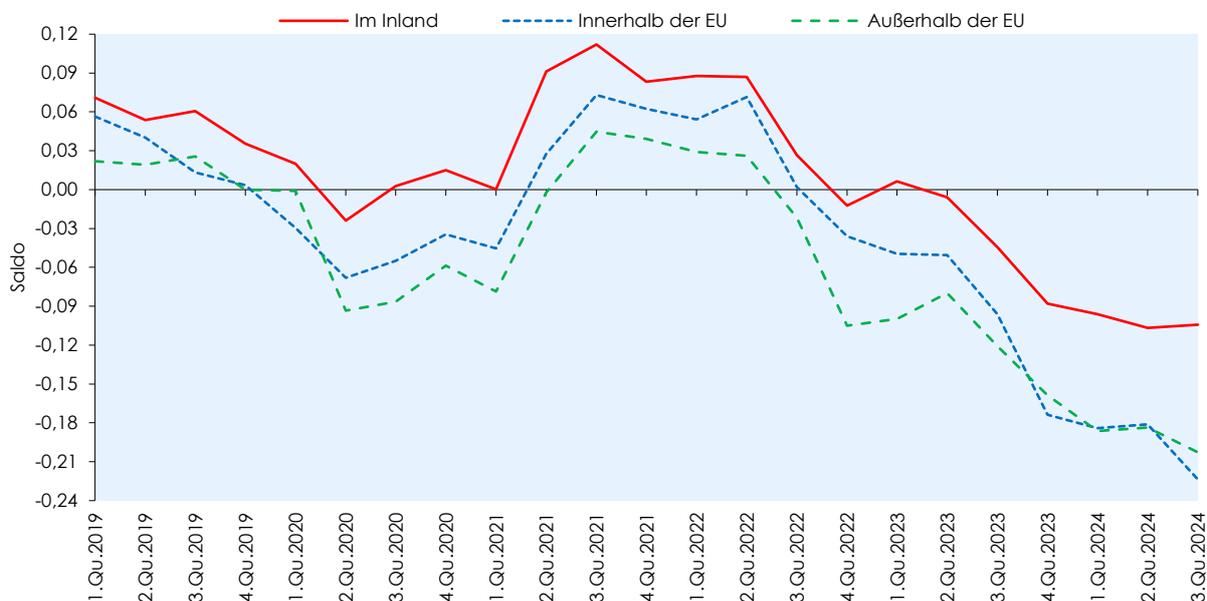
Während in den USA die Wirtschaftslage trotz der hohen Leitzinsen im bisherigen Jahresverlauf 2024 anhaltend robust verläuft, zeichnet sich in China eine allmähliche Verlangsamung der Wachstumsaussichten ab. Im Gegensatz dazu hält in Europa die Konjunkturlaute seit dem 3. Quartal 2022 an, wenngleich in einigen Euro-Raum-Ländern, wie Spanien, bereits im Frühjahr 2024 eine deutliche Wirtschaftserholung eingesetzt hat. Besonders ausgeprägt ist die Wachstumsschwäche allerdings in Deutschland, wobei sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Faktoren die Wirtschaftsentwicklung belasten (Wollmershäuser et al., 2024). Für den wichtigsten Handelspartner Österreichs ist im Jahr 2024 mit einer Stagnation zu rechnen, im kommenden Jahr wird sich die Wirtschaftsleistung Deutschlands mit einem Zuwachs um 0,9% leicht erholen (Schiman-Vukan & Ederer, 2024). Aufgrund der engen Wertschöpfungsverflechtungen ist die deutsche Importnachfrage ein essenzieller Impulsgeber für die europäische Wirtschaft. Seit über einem Jahr beurteilen die Unternehmen im Euro-Raum die ungenügende Nachfrage als größtes Produktionshindernis. Neben der schwachen Auslandsnachfrage bleibt auch die inländische Nachfrage unter den Erwartungen. Das zögerliche Verbrauchervertrauen lässt die Konsumnachfrage der privaten Haushalte im Euro-Raum bisher nur zaghaft wachsen und vermag den Nachfragerückgang im Bereich der Investitionen nicht auszugleichen (Scheiblecker, 2024). Die derzeit vorliegenden Frühindikatoren lassen keine rasche Trendwende erwarten, wenngleich sich die Inflation im Euro-Raum infolge des deutlichen Rückgangs der Energiepreise und der flauen Konjunktur verlangsamt. Die Wachstumsaussichten werden sich erst wieder mit der Konjunkturerholung im nächsten Jahr verbessern. Impulse für die Weltkonjunktur dürften im kommenden Jahr 2025 von den weiteren Leitzinssenkungen und dem Rückgang der

Erdölpreise ausgehen. Zugleich dürften sich in Europa die Reallohnzuwächse allmählich in einer Belebung des privaten Konsums niederschlagen, während sich in den USA das Wirtschaftswachstum, das bislang vom privaten Konsum gestützt wurde, abschwächen wird.

Lohnsteigerungen und Überinflation der letzten Jahre verschlechtern die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie

Unter diesen internationalen Rahmenbedingungen werden die österreichischen Exportmärkte im Jahr 2024 vor allem aufgrund der schwachen Importnachfrage Deutschlands lediglich um 0,7% wachsen und dürften sich im Jahr 2025 mit 3,8% erholen. Innerhalb der EU ist die Bedeutung der Güternachfrage aus Deutschland vor allem für die mittel- und osteuropäischen Länder, wie auch für Österreich, sehr hoch, wodurch die auf Industriewaren spezialisierte Industrie Österreichs derzeit deutlich belastet wird. Denn rund 7% der inländischen Wertschöpfung und 6% der heimischen Beschäftigung hängen an der Importnachfrage Deutschlands, womit Österreich unmittelbar hinter Ungarn zu den mit der deutschen Volkswirtschaft am stärksten vernetzten EU-Mitgliedsländern zählt (Prognos AG, 2024). Im Gegensatz dazu weisen die südeuropäischen Länder, wie Spanien, die geringsten Verflechtungen mit Deutschland auf.

Abbildung 1.1: Unternehmenseinschätzung zur eigenen Wettbewerbsposition in den letzten 3 Monaten



Anmerkung: Saldo errechnet aus dem Anteil der Unternehmen, die in den kommenden 3 Monaten eine steigende Wettbewerbsposition erwarten, minus Anteil der Unternehmen, die in den kommenden 3 Monaten eine sinkende Wettbewerbsposition erwarten.
Quelle: WIFO-Konjunkturtest September 2024.

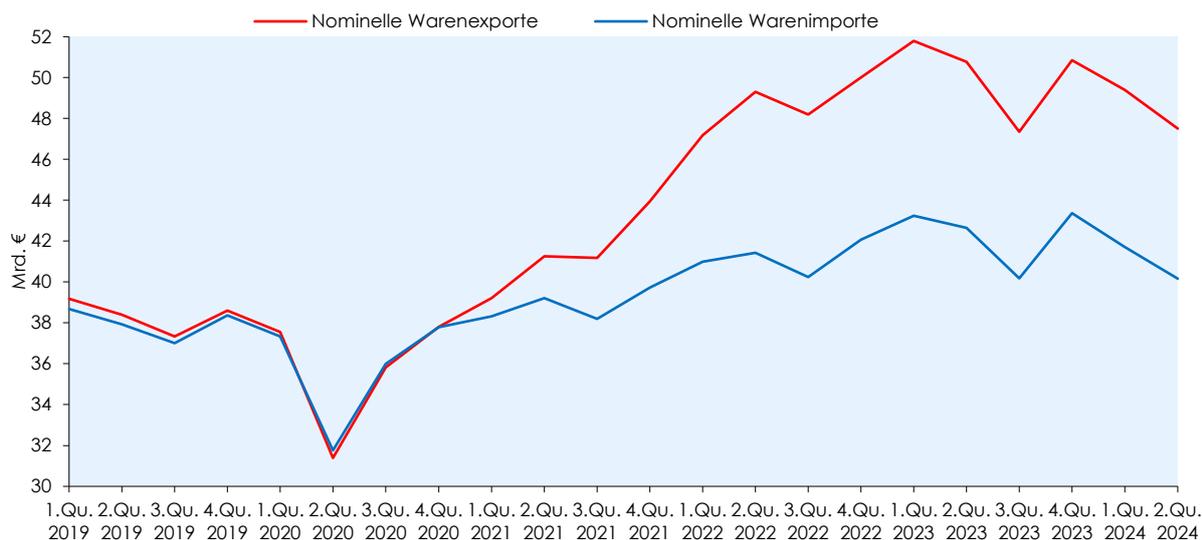
Das Inflationsdifferential zwischen Österreich und dem Euro-Raum hat sich im bisherigen Jahresverlauf 2024 zwar deutlich verringert, Preisunterschiede bleiben allerdings bestehen. Zusätzlich sorgen die Lohnsteigerungen, die in Österreich ab 2023 deutlich höher ausgefallen sind als im Euro-Raum, sowie die Aufwertung des Euro im Jahresverlauf 2024 für eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit. So stieg der real-effektive Wechselkurs 2023 um 3,4% an, im Prognosezeitraum wird ein weiterer Zuwachs von 1,2% (2024) bzw. 0,5% (2025) angenommen. Diesem Bild entsprechend schätzen die heimischen Industrieunternehmen ihre internationale Wettbewerbsposition im Vergleich zu den Mitbewerbern in der EU, aber insbesondere im Vergleich zur Konkurrenz außerhalb der EU, derzeit erneut deutlich schlechter ein (Abbildung 1.1). Historische Tiefststände erreichen die Einschätzungen zur Wettbewerbsposition vor allem bei der für Österreich bedeutsamen Investitionsgüterbranche. Dies zeigt sich auch in den Daten zu den heimischen Exporten und Marktanteilen für das erste Halbjahr 2024.

1.2 Rezente Außenhandelsentwicklung und Prognose für 2024 und 2025

Warenexporte verzeichnen infolge der Investitionsgüterschwäche einen Rückgang und Marktanteilsverluste im ersten Halbjahr 2024

Angesichts des schwachen wirtschaftlichen Umfelds verzeichnete die österreichische Exportwirtschaft im ersten Halbjahr 2024 deutliche Einbußen. Gemäß den vorläufigen Außenhandelsdaten von Statistik Austria weisen die Warenexporte bis Juni 2024 einen Rückgang zu laufenden Preisen (nominell) von 5,5% auf (Abbildung 1.2). Vor allem im 2. Quartal fielen die Exportrückgänge nochmals deutlich negativer aus und auch die heimischen Ausfuhren in die Extra-EU, die im 1. Quartal noch zulegen (+5,1%), entwickelten sich im 2. Quartal rückläufig (-3,4%). Insbesondere die schwache Konjunktur in Deutschland dämpft die heimische Exportwirtschaft, wobei die Exportrückgänge nach Deutschland im ersten Halbjahr 2024 (-7,6%) gegenüber dem zweiten Halbjahr 2023 (-5,6%) nochmals deutlich negativer ausfielen. Die zwei wichtigsten Wachstumstützen im ersten Halbjahr 2024 blieben die USA (+12,1%, v. a. medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse) und China (+9,7%, v. a. Maschinen und Fahrzeuge), wenngleich auch in diesen Märkten die Nachfrage im 2. Quartal deutlich nachließ. Positive Wachstumsbeiträge kamen im ersten Halbjahr 2024 nur vom Export von chemischen Erzeugnissen, insbesondere von medizinischen und pharmazeutischen Erzeugnissen, sowie von Nahrungsmitteln, während die Ausfuhr von Maschinen und Fahrzeugen um 6,4% zurückging. Auch die (nominelle) Marktanteilsentwicklung bis Juni 2024 zeigt Rückgänge von 6,2% gegenüber dem Vorjahreszeitraum, vor allem aufgrund der rückläufigen Exportdynamik nach Deutschland. Gemessen an den Exporten des Euro-Raums, ein Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Handelspartnern im selben Währungsraum, gingen die Marktanteile Österreichs um 2,5% zurück.

Abbildung 1.2: Aktuelle Entwicklung der österreichischen Warenexporte und Warenimporte



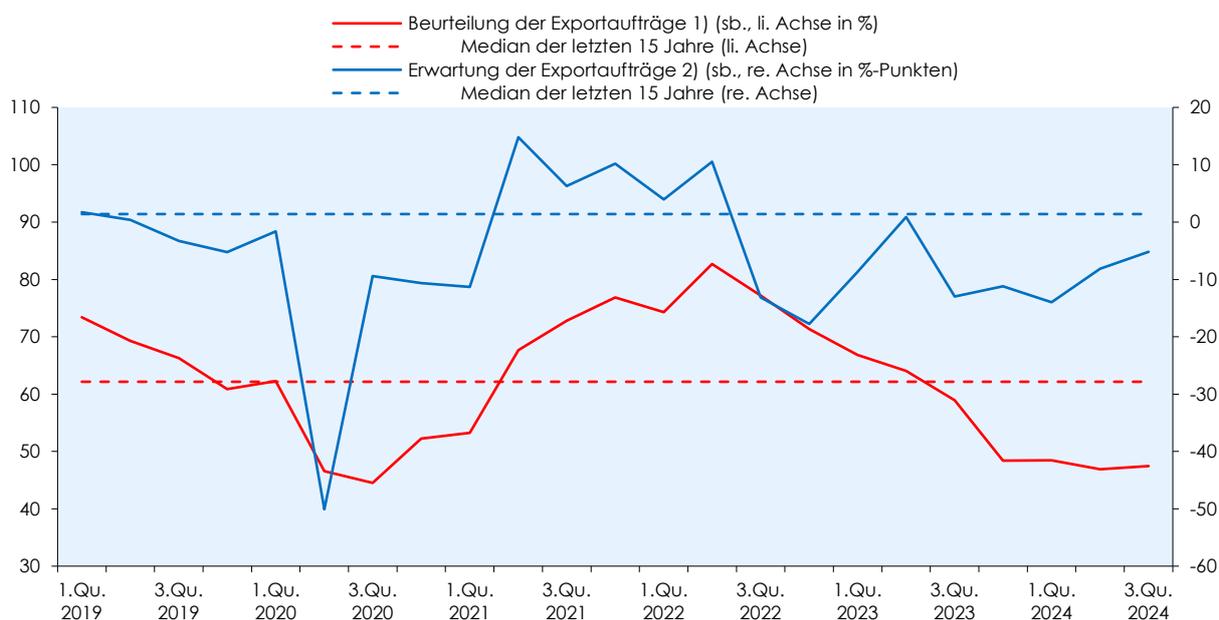
Quelle: Statistik Austria.

Keine Aussicht auf eine rasche Trendwende in der zweiten Jahreshälfte 2024, aber mäßige Erholung im kommenden Jahr

Auch die Unternehmenseinschätzungen laut WIFO-Konjunkturtest vom September lassen für die zweite Jahreshälfte 2024 keine rasche Trendwende erwarten (Abbildung 1.3). Die Beurteilung der Auftragsbestände deutet zwar eine Stabilisierung an, die aber in den Vorprodukt-, Investitionsgüterbranchen sowie bei dauerhaften Konsumgütern unterdurchschnittlich bleibt. Auch die Exporterwartungen, wo weiterhin die negativen Erwartungen der Unternehmen

Überwiegen, lassen trotz eines leichten Aufwärtstrends nicht auf rasche Erholung schließen. Denn gerade bei den Investitionsgütern haben sich die Erwartungen der Unternehmen zuletzt wieder eingetrübt. Als wichtigstes Produktionshemmnis überwiegt bei den heimischen Industrieunternehmen mit Abstand der Nachfragemangel (36%), der Mangel an Arbeitskräften (9,4%) und Lieferengpässe (4,5%) spielen zurzeit nur eine untergeordnete Rolle. Der Wöchentliche WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI)¹⁾ für den Warenexport, mit Stand Ende August, deutet, nach der kurzfristigen Erholung im Sommer 2024, für den Herbst noch keine nachhaltige Erholung der Exportwirtschaft an.

Abbildung 1.3: Unternehmenseinschätzungen aus dem WIFO-Konjunkturtest – Lage und Ausblick

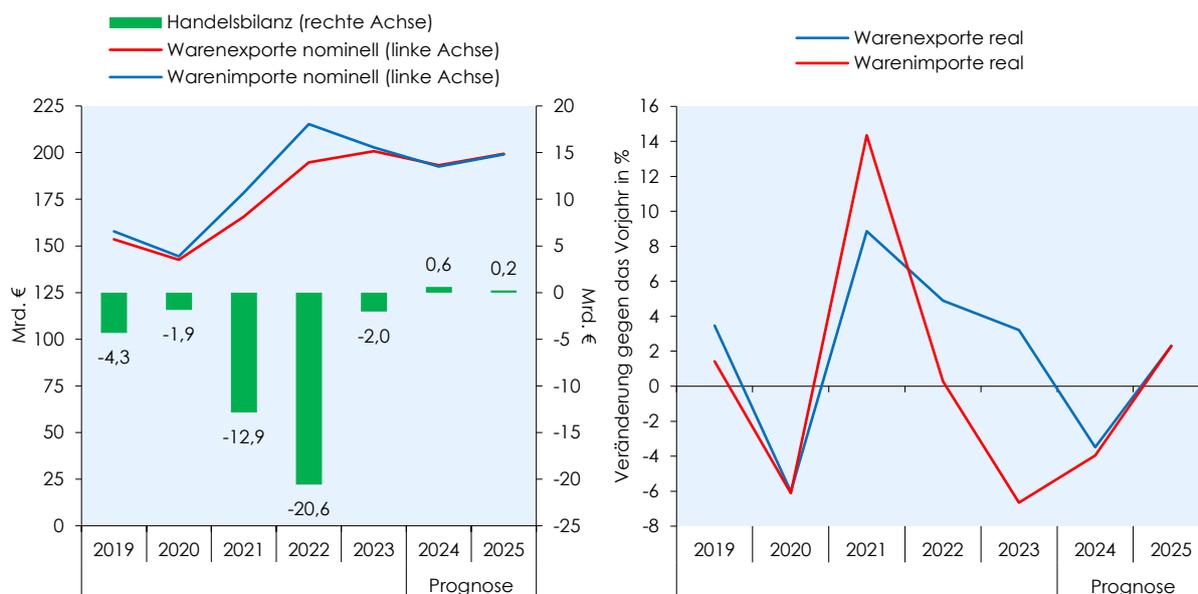


Quelle: WIFO-Konjunkturtest September 2024. – 1) Anteil der Unternehmen, die ihre Exportaufträge als "ausreichend" oder "mehr als ausreichend" beurteilen. – 2) Anteil der Unternehmen, die in den kommenden 3 Monaten steigende Exportaufträge erwarten, minus Anteil der Unternehmen, die in den kommenden 3 Monaten sinkende Exportaufträge erwarten.

Für das Gesamtjahr 2024 ist ein Rückgang der Warenexporte von rund 3,5% (real) zu erwarten. Angesichts der Annahme, dass sich die internationale Konjunktur 2025 bessert, kann mit einer Erholung im Verlauf des kommenden Jahres gerechnet werden. Die Warenexporte dürften 2025 um 2,3% (real) zulegen (Abbildung 1.4). Damit liegt das Wachstum der Exportmärkte auf Basis der internationalen Konjunkturprognosen in den Prognosejahren über der Veränderung der österreichischen Warenausfuhren. Gleichzeitig nimmt die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen nach der deutlichen Verschlechterung im Jahr 2023 im Prognosezeitraum weiter ab. Für die österreichische Industrie ist im laufenden Jahr 2024 sowie auch 2025 daher mit Marktanteilsverlusten zu rechnen.

¹⁾ Der WWWI ist ein Maß für die realwirtschaftliche Aktivität der österreichischen Volkswirtschaft auf wöchentlicher Basis. Er beruht auf wöchentlichen, monatlichen und vierteljährlichen Indikatoren. Der Index ist auf die Werte der Veränderungsraten des BIP bzw. der Teilindikatoren gegenüber einer entsprechenden Referenzperiode skaliert (https://www.wifo.ac.at/themen/konjunktur_und_prognosen/woechentlicher_wifo_wirtschaftsindex).

Abbildung 1.4: Außenhandelsprognose



Quelle: WIFO-Prognose Oktober 2024.

Die Warenimporte spiegeln die Schwäche der heimischen Industrieproduktion und Investitionstätigkeit wider. Zudem schwächelt auch die Konsumnachfrage der privaten Haushalte trotz der inflationsbedingt hohen Lohnabschlüsse für das Jahr 2024. Gemäß den vorläufigen Außenhandelsdaten von Statistik Austria verzeichneten die Warenimporte bis Juni 2024 einen Rückgang um 12,2% (nominell). Für das Jahr 2024 wird mit einem Rückgang der Einfuhren um rund 4,0% (real) gerechnet, 2025 dürften sich die Importe mit einem Zuwachs von 2,3% (real) wieder erholen. Die Handelsbilanz im Warenaußenhandel wird sich aufgrund der schwachen Importentwicklung erneut verbessern. Im ersten Halbjahr 2024 erzielte der Handelssaldo einen Überschuss von 2,85 Mrd. € und verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 7,41 Mrd. €. Wesentlich für den Außenhandel ist aber die Verbesserung der Terms-of-Trade, das Verhältnis der Export- zu den Importpreisen. Diese hatten sich in den letzten Jahren zum Teil deutlich verschlechtert und die österreichische Handelsbilanz stark belastet. Der weitere Rückgang der Energiepreise im heurigen Jahr schlägt sich importseitig stärker durch, wodurch sich die Terms-of-Trade 2024 (+0,8%) wieder verbessern.

Unsicherheiten über geopolitische Entwicklung markieren Abwärtsrisiken der Prognose

Abwärtsrisiken in Bezug auf die gewählten Annahmen bestehen vor allem im Hinblick auf Unsicherheiten über die internationale politische Entwicklung. Die WIFO-Prognose geht davon aus, dass es zu keiner weiteren Eskalation der Konflikte im Nahen Osten und in der Ukraine kommt und die Erdgasversorgung Österreichs aus Russland oder durch alternative Lieferungen sichergestellt ist. Diesbezügliche Risiken bleiben allerdings bestehen und Verknappungen könnten neuerliche Preissteigerungen auslösen und den weltweiten Warenhandel dämpfen. Weitere Unsicherheitsfaktoren bilden der Ausgang der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA, besonders im Hinblick auf die weitere Ausrichtung der Handelspolitik, sowie eine mögliche Zuspitzung des Konflikts zwischen China und Taiwan. Zusätzliche Konjunkturrisiken verbergen sich auch in der Annahme, dass die weltweite Nachfrage nach Investitionsgütern wieder anzieht und damit die deutsche Wirtschaft im Jahr 2025 wieder expandiert und auch die Nachfrage nach österreichischen Waren belebt.

2. Mögliche Auswirkungen der US-Präsidentenwahl auf den Welthandel

Robert Stehrer²⁾

2.1 Einleitung

Die US-Präsidentenwahl am 5. November 2024 wirft ihre Schatten voraus. Seit dem Verzicht des amtierenden Präsidenten Joe Biden auf eine neuerliche Kandidatur ist die bisherige Vizepräsidentin Kamala Harris die Spitzenkandidatin der Demokraten. Sie tritt gegen den Republikaner Donald Trump an, der bereits von 2017 bis 2021 im Weißen Haus saß. Die Umfragen für die Demokraten haben sich seither zwar verbessert, jedoch ist der Ausgang der Wahlen weiterhin ungewiss. Beide Kontrahent:innen liegen Kopf an Kopf, nicht zuletzt in den wahlentscheidenden "Swing States", also jenen Bundesstaaten, die traditionell zwischen Demokraten und Republikanern schwanken. Sollte Donald Trump gewinnen, könnte das starke Auswirkungen auf die Weltpolitik und damit auch auf die Weltwirtschaft haben. Im Folgenden werden vor allem die wirtschaftspolitischen Konzepte der beiden Kandidat:innen und ihre möglichen Konsequenzen für den Welthandel diskutiert.

2.2 Ausgewählte makroökonomische Indikatoren der USA

Zunächst zu einigen ausgewählten Indikatoren der US-Wirtschaft. Das Wachstum seit dem Jahr 2023 liegt bei über 2%, was auch für das Jahr 2024 (2,4%) und 2025 (2,1%) erwartet wird (European Commission, 2024)³⁾. Die Inflation, die im Jahr 2022 bei über 8% lag, geht laut Prognose – auch aufgrund der aggressiven US-Zinspolitik – auf 2,9% im Jahr 2024 zurück; für 2025 wird ein Wert von 2,4% erwartet. Die US-Wirtschaft ist jedoch durch ein hohes Budgetdefizit von etwa 8% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gekennzeichnet, was den Schuldenstand auf fast 130% des BIP bringt. Schließlich wird auch ein Leistungsbilanzdefizit von etwa 3% des BSPs über die nächsten Jahre erwartet.

Die USA sind mit einem Anteil von etwa 23% (zu konstanten US-Dollar-Preisen von 2015) weiterhin die größte Ökonomie der Welt. Im Vergleich dazu weist China einen Anteil von 18% auf, die EU von 17%⁴⁾. Der Anteil der USA bei den globalen Exporten (Güterhandel) liegt bei etwa 9%, jener Chinas bei 16% und jener der EU bei 31% (inkl. dem Handel zwischen den EU-Staaten). Ähnlich liegt der Anteil der USA an den globalen Güterimporten bei etwa 15%, jener Chinas bei etwa 10% und jener der EU bei etwa 33%⁵⁾.

2.3 Die wichtigsten wirtschaftspolitischen Positionen

Die Ausrichtung der Wirtschafts- und Außenpolitik der USA durch die nächste Präsidentin oder den nächsten Präsidenten wird von größter Bedeutung für die Zukunft des globalen Handelssystems sein. Im Folgenden werden die wichtigsten Positionen der beiden Kandidat:innen kurz zusammengefasst. Es ist jedoch zu betonen, dass die konkrete Ausgestaltung nach den Wahlen von weiteren Faktoren abhängen wird, insbesondere von den Mehrheitsverhältnissen und den

²⁾ Ich danke meinen Kollegen Javier Floréz, Mahdi Ghodsi, Andreas Knapp und Oliver Reiter für Unterstützung und Kommentare.

³⁾ Quelle: AMECO-Daten. Kaufkraftbereinigt liegen China bei knapp 19% und die USA bei etwas über 15%.

⁴⁾ Quelle: World Development Indicators, wiiw-Berechnungen.

⁵⁾ Quelle: UN COMTRADE; wiiw-Berechnungen. Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2022 und inkludieren den Intra-EU-Handel.

handelnden Personen im US-Kongress, also dem Senat, der unter anderem für die Ratifizierung internationaler Abkommen wichtig ist, und dem Repräsentantenhaus⁶).

2.3.1 Donald Trump

Sollte Donald Trump die Wahlen gewinnen und erneut Präsident werden, ist zu erwarten, dass er seine Politik aus der Amtszeit von 2017 bis 2021 fortführt und möglicherweise sogar verschärft. Seine Handelspolitik war damals geprägt von unilateralen Maßnahmen, aggressiven Verhandlungstaktiken, einem Fokus auf die Reduzierung des Handelsdefizits und dem Schutz der US-Industrie. Multilaterale Zusammenarbeit und Umweltfragen würden dabei wohl wieder eine untergeordnete Rolle spielen. Seine angekündigte "Make America Great Again"-Wirtschaftspolitik ("Maganomics") verspricht zudem niedrigere Steuern, weniger Regulierungen, sinkende Energiekosten, geringere Zinssätze und niedrigere Inflation⁷).

Es ist daher zu erwarten, dass Donald Trump – entsprechend seinen Ankündigungen – in einer zweiten Amtszeit seine "America-First"-Agenda fortführen oder wahrscheinlich noch verstärken wird. Dabei wird er voraussichtlich eine aggressive Strategie zur Durchsetzung "seiner" Handelsregeln verfolgen, die durch unilaterale Zölle, Subventionen und Handelsbeschränkungen umgesetzt werden sollen. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, den aus seiner Sicht unfairen Handelspraktiken entgegenzuwirken und die Position der USA im globalen Handel zu stärken. Das erklärte Ziel liegt dabei auf der Förderung und Rückverlagerung der heimischen Produktion sowie der Verringerung internationaler Abhängigkeiten. Trump strebt an, Importe zu reduzieren und die Produktion wichtiger Industrien wieder in die USA zurückzuholen, um die Unabhängigkeit von globalen Lieferketten zu sichern – Ziele, die auch seine Konkurrentin Kamala Harris teilweise teilt.

Ein zentrales – wenn nicht das wichtigste – Instrument seiner Handelspolitik war die Einführung oder Erhöhung von Zöllen, um Druck in Verhandlungen auszuüben. Baldwin (2024) betont, dass dies eine der wenigen konkreten Maßnahmen war, die Trump in seiner ersten Wahlkampagne versprach und auch konsequent umsetzte. Tatsächlich hat Trump bereits angekündigt, in einer möglichen zweiten Amtszeit einen generellen Zoll von 10% auf alle Importe einzuführen sowie zusätzlich Zölle von bis zu 60 % (oder sogar mehr) auf Importe aus China zu erheben (siehe Kapitel 3.4).

Ein weiterer zentraler Punkt auf Trumps Agenda wird die mögliche Neuverhandlung oder eventuell sogar der Ausstieg aus bestehenden Handelsabkommen sein, mit dem Ziel, besseren Schutz für die US-Industrie zu gewährleisten und bessere Bedingungen für amerikanische Arbeitnehmer zu schaffen. Eine der bedeutendsten Errungenschaften seiner ersten Amtszeit war das "United States–Mexico–Canada Agreement" (USMCA), das als Nachfolger des "North American Free Trade Agreement" (NAFTA) gilt. Das USMCA enthält jedoch eine Überprüfungsklausel für Juli 2026, die Unsicherheiten über den Fortbestand des Abkommens aufwirft⁸).

Es ist wahrscheinlich, dass Trump auch Maßnahmen zum Schutz des geistigen Eigentums fördern wird, insbesondere gegenüber China, um amerikanische Technologien und Innovationen zu schützen. Hierbei könnte er erneut Zölle und Sanktionen als Druckmittel einsetzen.

In Bezug auf Klimapolitik ist zu erwarten, dass Trump diesem Thema kaum Bedeutung beimessen wird. Umweltstandards dürften in künftigen Handelsabkommen unter seiner Präsidentschaft keine Rolle spielen. Er könnte sogar erneut den Austritt aus dem Pariser Klimaschutzabkommen

⁶) Diese Zusammenstellung der Positionen folgt verschiedenen Publikationen wie Martin et al. (2024), Smith et al. (2024), Wolff (2024) und Müller (2024a, 2024b).

⁷) Für einen Überblick siehe <https://www.ft.com/content/f5f60203-176b-4fd8-baa1-03f27afa3482>.

⁸) Siehe <https://www.brookings.edu/articles/usmca-review-upcoming-elections-and-a-path-forward/>.

veranlassen und Investitionen in verschiedene fossile Energiequellen fördern, um die Unabhängigkeit der USA weiter zu stärken.

In geopolitischen Konflikten, die den internationalen Handel beeinflussen, wird Trump vermutlich eine stark unilaterale Position einnehmen, aggressive Verhandlungstaktiken und Sanktionen befürworten und die Handelspolitik nutzen, um geopolitische Probleme zu lösen und US-Interessen zu wahren. Besonders für Europa wird seine schwer vorhersehbare Politik gegenüber Russland und der Ukraine von großer Bedeutung sein.

2.3.2 Kamala Harris

Umgekehrt hat sich Kamala Harris während ihrer Zeit als Vizepräsidentin verstärkt für Allianzen und internationale Partnerschaften ausgesprochen. Dies deutet darauf hin, dass sie internationale Herausforderungen und Handelskonflikte eher durch diplomatisch und durch Verhandlungen lösen würde.

Gleichzeitig betont Harris – ähnlich wie Trump – die Notwendigkeit, die US-Lieferketten zu stärken und zu diversifizieren sowie die heimische Produktion gezielt zu fördern, um Abhängigkeiten zu reduzieren. Ein zentraler Bestandteil ihrer Strategie wären dabei Investitionen in Infrastruktur und Technologie. Ebenso würde sie den Schutz des geistigen Eigentums stärker in den Fokus rücken und bessere internationale Abkommen in diesem Bereich anstreben. In Bezug auf globale Normen, insbesondere im digitalen Handel und Datenschutz, hat sie sich jedoch bereits auch kritisch geäußert.

Es ist zu erwarten, dass Harris auch die Modernisierung bestehender Handelsabkommen vorantreiben würde. Dabei könnten Umweltmaßnahmen, Arbeitsrechte und faire Handelspraktiken, insbesondere im Rahmen der Überprüfung des USMCA, eine zentrale Rolle spielen. Sie würde wahrscheinlich Umweltaspekte in Handelsabkommen stärker betonen und Investitionen in umweltfreundliche Technologien und nachhaltige Infrastruktur fördern.

In geopolitischen Konflikten, die sich auf die Weltwirtschaft, Rohstoffpreise und Lieferketten auswirken, dürfte Harris auf diplomatische Lösungen setzen. Angesichts aktueller Konflikte, wie dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und der Eskalation im Nahen Osten, ist zu erwarten, dass Harris – in Kontinuität zur derzeitigen US-Regierung – eine diplomatischere und weniger konfrontative Haltung einnehmen würde als Donald Trump und vor allem die Unterstützung der Ukraine gegen die russische Aggression beibehalten würde.

Insgesamt ist von Kamala Harris als Präsidentin ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen der Berücksichtigung internationaler Handelsinteressen und der Unterstützung der amerikanischen Industrie und Arbeitnehmer zu erwarten. Letztere betreffen vor allem Maßnahmen wie Investitionen, Ausbildungsprogramme und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Harris würde voraussichtlich die Durchsetzung multilateraler Handelsregeln und die Förderung fairer Handelspraktiken stärken sowie eine kooperativere Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen anstreben.

Es ist jedoch zu beachten, dass die Biden-Harris Regierung, die von Donald Trump eingeführten Zölle auf chinesische Importe weitgehend beibehalten hat und diese in einigen Fällen sogar ausgeweitet wurden. Zudem blockieren die USA weiterhin die Streitbeilegungsverfahren der Welthandelsorganisation (WTO).

Somit gibt es, abgesehen von Bereichen wie Umweltschutz und anderen Standards, in den grundlegenden Zielen keine gravierenden Unterschiede zwischen den beiden Kandidat:innen. Dabei gibt auch deutliche Überschneidungen zwischen diesen Zielen und denen der Europäischen Union, etwa in Bezug auf die Diversifikation von Lieferketten, die Reduzierung von Abhängigkeiten und den Schutz von neuen Technologien, wie kürzlich auch im Draghi-Bericht (Draghi, 2024) betont. Der wesentliche Unterschied liegt eher in der Art und Weise, wie die

beiden Präsidentschaftskandidat:innen die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele umsetzen möchten. Bezüglich der internationalen Durchsetzung dieser politischen Ziele sind Harris und die EU tendenziell näher beieinander, da beide einen multilateralen Ansatz bevorzugen. Allerdings wird es für beide Seiten eine Herausforderung sein (insbesondere gegenüber China), diesen auch konsequent umzusetzen.

2.4 Potenzielle Auswirkungen der angekündigten Zollerhöhungen

Eine der wichtigsten Drohkulissen Donald Trumps sind die angekündigten Zollerhöhungen. Um die Auswirkungen solcher Zollerhöhungen abschätzen zu können, ist es notwendig, die aktuellen Zölle zu kennen, wie sie in Übersicht 2.1 aufgelistet sind.

Übersicht 2.1: Durchschnittliche Zolltarife, 2022

Exporteur	Importeur EU	Importeur China	Importeur USA
EU		7,5	3,5
China	5,2		3,6
USA	5,2	7,6	
Welt	3,7	5,9	3,4

Quelle: UN COMTRADE, WITS, wiw-Berechnungen.

Die EU erhebt gegenüber den USA und China Zölle von im Durchschnitt 5,2%; die USA gegenüber der EU von im Schnitt 3,5% und gegenüber China durchschnittlich 3,6%. China verlangt im Durchschnitt höhere Zölle von 7,5% (gegenüber der EU) bzw. 7,6% (gegenüber den USA). Der angekündigte Anstieg der US-Importzölle auf 10% unter Trump würde somit etwa eine Verdreifachung entsprechen.

Welche Auswirkungen hätten solche Zollerhöhungen? Clausing und Lovely (2024) argumentieren, dass die von Donald Trump vorgeschlagenen Zölle – ähnlich wie auch andere Studien zeigen – die US-Konsument:innen insgesamt belasten würden. Sie schätzen, dass bei einer vollständigen Überwälzung einer 10%-igen Zollerhöhung die Kosten etwa 1% des Bruttosozialprodukts (BSP) betragen würden. Sollte der Zoll auf chinesische Importe zusätzlich auf 60% erhöht werden, würden sich die Gesamtkosten auf 1,8% des BSP summieren.

Zwar weisen Clausing und Lovely (2024) auf mögliche positive Einnahmefeffekte durch die Zollerhöhungen hin, doch diese reichen bei weitem nicht aus, um das erwartete wachsende Defizit aus dem "Tax Cuts and Jobs Act" auszugleichen. Darüber hinaus betonen sie – unter Verweis auf weitere Literatur – den regressiven Charakter von Importzöllen, die vor allem niedrige und mittlere Einkommensbezieher unverhältnismäßig stark belasten. Solche Maßnahmen würden (wie auch die bereits von Trump angekündigte fiskalische Politik) somit die sozialen Ungleichheiten eher noch verstärken.

Zudem verweisen sie darauf, dass die bereits eingeführten Zölle den Arbeitskräften, die vom sogenannten "China-Schock" betroffen sind, kaum geholfen haben (siehe auch Autor et al., 2024). Damit zeigt sich, dass die protektionistischen Maßnahmen zwar Einnahmen generieren, aber den beabsichtigten wirtschaftlichen Schutz der Arbeitnehmer wahrscheinlich nicht gewährleisten.

Baldwin (2024) weist darauf hin, dass die Einfuhrzölle die Wettbewerbsfähigkeit der US-amerikanischen Unternehmen auf der Kostenseite beeinträchtigen könnten. Ein Großteil der Importe besteht aus Vorleistungsgütern, deren Kosten durch Zollerhöhungen steigen würden. Selbst wenn man annimmt, dass Donald Trump die Zölle auf Endprodukte ausnimmt, um die regressiven Auswirkungen auf einkommensschwächere Gruppen zu vermeiden, könnten diese Zollerhöhungen somit dennoch negative Konsequenzen haben. In diesem Szenario würden die

höheren Kosten für Vorleistungsgüter die Produktionskosten der Unternehmen erhöhen, was am Ende zu einem Wettbewerbsnachteil führen könnte.

Die Auswirkungen solcher Zollerhöhungen können auch mithilfe von Handelsmodellen geschätzt werden. Erste eigene Schätzungen, basierend auf einem allgemeinen Gleichgewichtsmodell (siehe Mendoza et al., 2024)⁹, zeigen, dass bei einem Anstieg der US-Importzölle auf mindestens 10% – wobei höhere Zölle auf dem ursprünglichen Niveau bleiben – das Gesamteinkommen in den USA, einschließlich der Zolleinnahmen, um 0,08% steigen würde. Allerdings würden die Realeinkommen, die diese Zolleinnahmen nicht berücksichtigen, um 0,14% sinken.

Gemäß diesen Berechnungen würden die Einkommen in China um 0,02% zurückgehen, während die EU-Länder mit einem Rückgang von 0,055% noch stärker betroffen wären. Bei einer weiteren Erhöhung der Zölle auf 60% für Importe aus China würde das US-Einkommen (inklusive Zolleinnahmen) um 0,12% steigen, jedoch würden die Realeinkommen noch stärker um 0,33% sinken. In China wären die Einkommensverluste mit 0,15% etwas höher. Für die EU würde der Einkommensrückgang mit minus 0,05% im Vergleich zum vorherigen Szenario etwas weniger stark ausfallen. Das globale Handelsvolumen würde dadurch leicht sinken. Es ist hier wichtig zu betonen, dass diese Berechnungen keine weiteren Effekte berücksichtigen, wie etwa Vergeltungsmaßnahmen anderer Länder gegen die USA, die ebenfalls durch Zollerhöhungen reagieren könnten, oder Wachstumseffekte. Solche Faktoren könnten die Gesamtauswirkungen erheblich beeinflussen.

2.5 Schlussfolgerungen

So unvorhersehbar der Ausgang der US-Präsidentschaftswahl im November ist, so ungewiss sind auch die möglichen Folgen für die internationale Wirtschaftspolitik. Diese hängen nicht nur vom Sieg eines bzw. einer der beiden Kandidat:innen ab, sondern auch von den neuen Mehrheiten im Kongress sowie den dort dann verantwortlichen Personen (siehe Martin et al. 2024 für eine umfassende Diskussion).

Obwohl beide Kandidat:innen ähnliche Ziele verfolgen – abgesehen von Bereichen wie Umwelt- und Klimaschutz oder Sozial- und Produktstandards – würden sich ihre Maßnahmen, die Geschwindigkeit ihrer Umsetzung und die Radikalität bei ihrer Einführung doch erheblich unterscheiden. Unter einer Präsidentschaft von Donald Trump wäre die internationale Ordnung und der Multilateralismus erheblich gefährdeter als unter Kamala Harris. Ein Sieg von Harris würde vermutlich eine Fortsetzung der transatlantischen Beziehungen innerhalb gewohnter Bahnen bedeuten, wobei eine Rückkehr zu den Verhältnissen vor der ersten Amtszeit Trumps wohl unrealistisch sein dürfte (für eine ausführliche Analyse siehe Bond und Scazzieri, 2024).

Im Falle eines Sieges von Donald Trump würde das internationale Handelssystem mit hoher Wahrscheinlichkeit noch chaotischer werden, als es das derzeit ist (Baldwin, 2024). Aber auch mit einer Präsidenten Kamala Harris stünde die EU vor erheblichen Herausforderungen, wie dem Krieg Russlands gegen die Ukraine sowie dem Erhalt und der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Wirtschaft gegenüber China und den USA, also Herausforderungen, die von Seiten der EU entsprechend angegangen werden müssen (siehe Draghi, 2024).

⁹) Das Modell beruht auf dem Ansatz von Caliendo und Parro (2015).

3. Literatur

- Autor, D., Beck, A., Dorn, D. & Hanson, G. (2024). Help for the Heartland? The Employment and Electoral Effects of the Trump Tariffs on the United State., *NBER Working Paper*, 32082.
- Baldwin, R. (2024). *Will Trump's tariffs on China harm US manufacturing?*. Factful Friday (via LinkedIn).
- Bond, I., & Scazzieri, L. (2024). *What a Harris presidency would mean for Europe*. Centre for European Reform – Insight, 30. September.
- Caliendo, L., & Parro, F. (2015). Estimates of the Trade and Welfare Effects of NAFTA. *Review of Economic Studies*, 82(1), 1–44.
- Clausing, K. A., & Lovely, M. E. (2024). Why Trump's Tariff Proposals Would Harm Working Americans. *PIIE Policy Brief*, Mai.
- Draghi, M. (2024). *The Future of European Competitiveness*. European Commission.
- European Commission (2024). *Spring 2024 Economic Forecast: A gradual expansion amid high geopolitical risks*. Institutional paper, 286
- Martin, R. N., Guinta, F. C., & Garcia, M. S. (2024). *2024 Pre-Election Analysis: International Trade*. Blog ML Strategies.
- Mendoza, J., Reiter, O., & Stehrer, R. (2024). EU carbon border tax: General Equilibrium Effects on Income and Emissions. *wiiw Working Paper*, forthcoming.
- Müller, A. (2024a). *Mehr Öl, mehr Inflation: Trumps Comeback im Weißen Haus wird immer wahrscheinlicher – das wären die Folgen für die Wirtschaft*. NZZ, 18. Juli.
- Müller, A. (2024b). *Was Trump für die amerikanische Handelspolitik bedeuten würde*. NZZ, 15. Mai.
- Prognos AG (2024). *Die Bedeutung der deutschen Wirtschaft für Europa*. vbw Studie, Juni.
- Scheiblecker, M. (2024). *Österreichs Wirtschaft verharrt in der Krise*. WIFO-Konjunkturbericht, September.
- Schiman-Vukan, St., & Ederer, St. (2024). *Hartnäckige Rezession in Österreich. Prognose für 2024 und 2025*. WIFO-Konjunkturprognose, Oktober.
- Smith, C., Jones, C., & Politi, J. (2024). *Trumponomics: the radical plan that would reshape America's economy*. Financial Times, 23. September.
- Wolff, A. W. (2024). *Trump's proposed blanket tariffs would risk a global trade war*. PIIE Special Project on "Election 2024: Assessing presidential economic platforms".
- Wollmershäuser, T., Ederer, St., Fourné, F., Lay, M., Lehmann, R., Link, S., Möhrle, S., Schasching, M., Wolf, G., & Zarges, L. (2024). *ifo Konjunkturprognose Herbst 2024: Deutsche Wirtschaft steckt in der Krise fest*. ifo Schnelldienst Digital, 7, 1-10.